

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenstellige Zeile oder deren Raum 180 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 304.

Mittwoch, den 29. Dezember 1920.

27. Jahrgang.

Die Freigeld-Utopie.

Unsere wirtschaftliche Not ist ein äußerst fruchtbarer Boden für Utopien und Messiashoffnungen. Es ist daher natürlich, daß die fortschreitende Entwertung unseres Papiergeldes auch das Währungsproblem zum Gegenstand der spekulativen Betrachtung macht. In letzter Zeit hat, wie Friedrich Dik (Eberfeld) in der „Neuen Zeit“ feststellt, die „Freiland-Freigeld-Bewegung“ durch eifrige Agitation unter Arbeitern, Festbesoldeten, Kleinrentnern usw. die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf sich gezogen. Die Agitation geht von dem im September 1919 in Arnstadt in Thüringen gegründeten „Freiland-Freigeld-Bund“ aus, der heute am Niederrhein, im Wuppertal, in Thüringen, Franken usw. über starke Ortsgruppen verfügt. Die „neue“ Lehre fußt in ihrer augenblicklichen Gestalt auf Silvio Gesell (Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, Freiland-Freigeld-Verlag, Rehrbrücken bei Berlin), der Finanzminister der Münchener Räterepublik war und vom Münchener Standgericht mit der Begründung freigesprochen wurde, daß ihm nicht bewußt geworden wäre, daß er als Finanzminister ein System unterstüzt hätte, das sich durch Gewalt an die Macht gebracht und durch Gewalt an der Macht erhalten hat. Nach Dolle („Beseitigung des arbeitslosen Einkommens“) ist das Ziel der Bewegung: Verstaatlichung des gesamten Grund und Bodens! Schaffung eines Geldes, das keinen Zins mehr bringt.

Der Kern der Bewegung ist die Lehre vom „Freigeld“. Es ist das „ideale“ Geld, die absolute Währung nach Silvio Gesell. Die Mark als Währung ist das Unveränderliche, das Währende, die Grundlage aller Betrachtungen; die Mark als Geld hat nur den Ausgangspunkt mit jener gemein. „Kein Mensch wird behaupten wollen, daß dieser Gedanke nicht schon vor Gesell durchdacht worden ist. Gesell aber behauptet, daß er durch diese Formel der vieltausendjährigen, automatisch einkehrenden Sabotage des Produktionsprozesses, die man die Krise nennt, ein Ende macht.“

Das Geld ist nach Gesell nichts anderes als Tauschmittel. Es soll durch körperliche Eigenschaften nicht arg beschleunigen und den Austausch der Waren sichern, beschleunigen und verbilligen. Das Geld muß, um dem nachzukommen, als Ware möglichst verschleßtert werden, wenn es als Tauschmittel verbessert werden soll. So will man einen unbedingten Zwang zur Nachfrage schaffen. Da das Angebot nach Gesell eine vom Willen des Warenbesitzers losgelöste Sache ist, so soll auch die Nachfrage eine vom Willen des Geldbesitzers befreite Sache sein. Der Staat hat die Aufgabe, die Nachfrage stets haarföhr dem Angebot anzupassen, wozu das abwechselnde Einziehen oder Ausgeben geringfügiger Geldmengen genügt.

Diese Theorie übersieht völlig, daß Geld, da es für alle Waren Äquivalent ist, auch selbst Ware ist und damit Wert verkörpert. Selbst Papier wird durch reflektierten Arbeitswert Geld und ist, was das Geldgeld ist: ein gesellschaftliches Verhältnis, ausgedrückt in einer Sache. Das Geld wird erst Maß aller Werte, weil alle Waren ihren Tauschwert in ihm messen. In den Werten aber messen sich die Arbeitszeiten.

Die falschen Folgerungen Gesells sind nur deshalb möglich, weil die Margale Werttheorie für ihn überwunden und der Preis für ihn ausschließlich das Ergebnis von Angebot und Nachfrage ist. Von diesem Trugschluß aus verfallt er — da für ihn die Krise nur in der durch Einzelpersonen zu bestimmenden Beweglichkeit des heutigen Hart- und Papiergeldes begründet ist — auf den Irrtum, die Produktion, Warenzirkulation, Arbeitsmöglichkeit usw. allein durch die Anpassung der Nachfrage an das Angebot regeln und im Gang halten zu können.

Der Zauberstab ist das sogenannte Freigeld, auch neuphykrokratisches und Schwundgeld genannt. Dieses Freigeld ist Papiergeld mit Zwangskurs und verliert wöchentlicher nach Gesell 1 pro Mille an Zahlkraft und zwar auf Kosten der Inhaber. Der Empfänger dieses Geldes, der sich natürlich diesem Schaden entziehen will, sucht nun das Geld so schnell wie möglich weiterzugeben. Am Ende eines Jahres wird das Geld durch das Währungsamt, das unsere Reichsbank vertreten soll und mehr Geld in Umlauf zu setzen hat, wenn die Preise abwärts neigen, und Geld einzuziehen muß, wenn die Warenpreise aufwärts streben, da die Preise ja von der Menge das angebotenen Geldes abhängen, gegen neue Geldscheine umgetauscht. Durch den entstehenden Wirbel der Geldzirkulation erhofft man unter anderem unbeschränkten Warenabsatz, Beseitigung der Handels- und Wirtschaftsstörungen und Konjunkturen, sofortige Beseitigung von Arbeitslosigkeit, Reduzierung der Handelskosten, Heruntergehen des Kapitalzinses. Demzufolge ist die Sozialisierung eine Ueberflüssigkeit, Ideal die natürliche Freiwirtschaft. Der Abbau der Preise wird wegen wirtschaftlicher Komplikationen bekämpft. Um die Grundrente aus der Welt zu schaffen, fordert man Enteignung des Bodens gegen Entschädigung.

Es ist also in Gesell wieder einmal ein Apostel aufgestanden, der die Uebel unserer Zeit im Handumdrehen heilen könnte — aber die bösen „Parteiämner“ wollen nicht an den neuen Finanz„gott“ glauben. Was ist nun eigentlich

neu an der ganzen Freigeldtheorie? Entschieden wir das Ganze von seinem agitatorischen Maßwerk, so bleibt das kleine IDeechen von der „Währung ohne Kursschwankung“, das sich zwischen Berg und Tal der Geldtheorien seit langem beceits die Stiefelsohlen abgelaufen hat, ohne ein offenes Haus zu finden. Schon der Straßburger Professor Knapp hat seine Idee von einem „idealen Papiergeld“, die unter anderem Heyn vertritt, für den das Geld einen von dem Wert seines Materials unabhängigen Wert hat, der sich auf die geschlich festgestellte Zahlkraft stüzt (Wertmaß sei nicht das Geld, sondern die Mark) für undurchführbar gehalten.

Das Papiergeld vertritt das Metallgeld und hat v o l l e Funktionen des Geldes, aber es ist kein Wertmesser. Es kann sicherlich bewußt geregelt werden, aber nur innerhalb des Zirkulationsminimums. Da die Zirkulationsmenge stets schwankt, muß stets Goldgeld ein- und ausfließen können, sonst treten Abweichungen vom Nominalwert ein (Papiergeldentwertung). Die deutsche Papiergeldwirtschaft hat ihre Wurzel in dem Gesetz vom 1. Juni 1909, das die Noten der Reichsbank zum geschlichen Zahlungsmittel machte, und der Reichsanleihe vom 4. August 1914. Die erste Kriegsanleihe wurde ohne Spezialisierung bewilligt und ermöglichte den Wechselkredit für das Reich. Uebernimmt ein Staat, der Papiergeld ausgibt, nicht die Verpflichtung oder hat er praktisch nicht mehr die Möglichkeit zur Einlösung, so kan sich die Papiermenge leicht über das Zirkulationsminimum, das heißt über das für den Verkehr notwendige Maß erhöhen. Eine solche Ueberhöhung und die Verschlechterung der Staatsfinanzen begleiten gemeinsam die Papierwährung; die Folgen sind Kursschwankungen des Papiergeldes, die etwas anderes als der Wechselkurs beim Metallgeld sind. Eine Beobachtung dieser Kursschwankungen lehrt, daß die Warenpreise nicht sofort in dem Verhältnis steigen, wie die papierernen Umlaufmittel zum Metallgeld steigen. Zuerst steigen wohl die Preise für ausländische Waren, um das sogenannte Metallagio, das heißt um die Größe des Papiergeldes gegenüber dem Metallgeld. In der Folge erfahren dann alle Waren eine Steigerung um das Agio.

Das Leben wird nun teurer: die festen Einkommen erleiden Verluste, Festbesoldete kaufen für „ihre“ Geld eine geringere Menge von Produkten. Den größten Verlust erleidet der Staat, der Papier einzieht, aber in „klingender Münze“ an das Ausland zahlen muß. Steuerhölle! Vorteile haben von dieser Erscheinung die Inhaber langjähriger Schulden. Steigt der Kurs, so ist der Festbesoldete im Vorteil und der Staat, der bei Einkäufen im Ausland jetzt geringere Verluste erleidet.

Die Schäden der Papierwährung liegen auf der Hand bezüglich jeder wirtschaftlichen Berechnung, Aufstellung der Stats, Einkommen des Lohnarbeiters usw., alles Härten eines wirtschaftlichen Rückganges, die man mit gleitender Lohnsfalla, Anpassung des Steuerfalls an die Kaufkraft des Geldes und ähnlichen Salben mildern will.

Es gibt nur zwei Wege aus der Papiergeldflut zur stabileren Goldwährung, die Devaluation, indem der Staat die Tatsache des gesunkenen Papierwertes und zugleich auch seine Unfähigkeit, dieses einzulösen, anerkennt. Das ist partieller Staatsbankrott, unter dem die kleinen Einkommen am meisten leiden würden und den auch Gesell schließlich vorschlägt, wenn er sich die „Einziehung“ des „alten“ Geldes so vorstellt, daß das „Geld“ gegen Freigeld umgetauscht wird. Manche Sowjetpolitiker scheinen mit dem Gedanken zu spielen, den Sowjetrubel (1/2000 seines Nennwerts) auf Null sinken zu lassen (Ballod: Sowjetrußland).

Der zweite Weg ist der, das Papiergeld auf seinen Nennwert zu heben, um es durch Metallgeld einzulösen. Das ist der sichere, aber auch der längste Weg. Gebrauchte doch Rußland, um aus seiner durch Katharina II. veranlaßten Assignatenuberflutungs- und Rubelwirtschaft herauszukommen, über ein Jahrhundert. Ob nun ein Staat sich dafür entscheidet oder an der Devaluation nicht vorbeikommen kann, immer ist Voraussetzung für eine solche Geldreform eine weise, sehr weise Staatspolitik, damit man nicht wieder in die Papierwirtschaft zurückfällt. So ist die Frage der Geldreform eine eminent wirtschaftliche und politische Frage. Und Gesell, dem sein Gönner Nikisch vor den Münchener Richtern das Zeugnis eines „politischen Kindes“ ausstellte, scheint uns dazu nicht der richtige Schmied zu sein.

Was uns die Freigeldwirtschaft bringen würde, wäre zuerst ein Geldwirbelsturm. Aus den wirtschaftlichen Trümmern könnten wir die Lehre ziehen, daß Warenzirkulation und Geldzirkulation im kausalen Zusammenhang stehen, daß aber die letztere nicht die erstere bedingt. Es hat wohl bei größter Tragheit der Waren und Mangel der Waren das Geld nie so schnell aus den Händen der Munitionsarbeiter in die Taschen der Kriegsgewinnler „zirkuliert“, wie während des Krieges.

Ist das Geld nur Zahlmarke, so wird das sicherlich seine schädlichen Rückwirkungen auf die Produktion ausüben und den Handel so weit sabotieren, daß sich jeder sträubt, überhaupt noch dieses Geld anzunehmen. Jeder wird den Wert, das heißt die Ware behalten wollen, ganz zu schweigen davon, wie das in diesem Falle zu bemitleidende Reichsernährungsamt den Geldbedarf oder Nichtbedarf bestimmen will. Nähere Aufschlüsse darüber zu geben, hält die Freigeldliteratur allem Anschein nach für überflüssig. Wenn das

Wesen des Geldes nur darin bestehen soll, daß der Staat seinen Wert „proklamiert“ und seine Einheit (Mark, Rubel, Frank usw.) historisch definiert und wir mit geformten Sachen zahlen, denen eine juristische Bedeutung zukommt, so erleidet dieser Anspruch des Staates sofort Schiffbruch, wenn die Wertfestsetzung seines Geldes nicht mehr im Einklang mit den terroristischen Bedingungen steht. Die terroristischen Mittel der großen französischen Revolution konnten nicht verhindern, daß die Assignaten zu guter Letzt nur noch 1/1000 ihres „proklamierten“ Wertes betragen.

Die Freigeldtheorie scheitert überdies von vornherein an unserem Auslandsbedarf an Lebensmitteln und Rohstoffen und an der volkswirtschaftlichen Tatsache, daß das Inlandsgeld immer die stoffliche Form des Geldes annimmt, mit dem man über die Grenze handelt. Unter Voraussetzung eines festen Wechselkurses (als ob das so mühelos ginge) will Gesell den nach Verrechnung bleibenden Schuldenrest durch Geld bezahlen, nachdem er bereits (siehe „Natürliche Wirtschaftsordnung“, 4. Auflage, S. 247, Absatz 6) das eingeschmolzene Gold als Armbänder, Ketten usw. den Bräuten in Deutschland als Hochzeitsgeschenk verschickt hat. Wie man angesichts unserer schwachen Handelsbilanz, angesichts der Tatsache, daß wir in diesem Wirtschaftsjahr allein für 50 Milliarden Lebensmittel einführen müssen, auf derartige Phrasen verfallen kann, wird wohl Geheimnis der Freigeldleute bleiben. Die deutsche Ausfuhr an Eisen, Eisenwaren, Maschinen, Kohle und Kohlenproduktion, Wollwaren, Baumwollwaren im Jahre 1913 machte 3931,40 Millionen aus, umfaßte aber 39,2 Proz. der gesamten Ausfuhr. In den letzten fünf Jahren vor dem Kriege war unsere Ausfuhr durchschnittlich jährlich um 1 480 000 000 Mark niedriger als die Einfuhr. Dadurch allein wird der „Strohalm“ der Freigeldleute richtig gekennzeichnet. Es ist doch zum mindesten in Rechnung zu stellen, daß der Verfall der Exportgerate die genannten Exportindustrien vernichtete. Wenn nun Dolle (a. a. O.) sich auf die deutschen Kalifische beruft, so halte ich es für meine Pflicht, ihn daran zu erinnern, daß wir 1913 nur für sage und schreibe 63 000 000 Mark Kafi gleich 0,6 Proz. des ganzen Exports ausfuhrten.

Leicht beieinander wohnen die Gedanken,
Doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.

Abgesehen von der Tatsache, daß sich der Antifemismus der Freigeldbewegung bemächtigt hat, wird sie eine Gefahr für die Schlagkraft des Proletariats, weil durch die Freigeldbewegung die Sozialisierung aufs schärfste bekämpft wird.

Eine neue Sieg-Note der Entente.

Verluschungspolitik.

Wie amtlich bekannt gegeben wird, hat „die interalliierte militärische Kontrollkommission unter dem 23. Dezember eine Note an das Auswärtige Amt (in Berlin) gerichtet, worin sie sich mit der Art, wie die Reorganisation der Polizei ausgeführt worden ist, nicht befriedigt erklärt. Da die Reorganisation nach einem Plane erfolgt ist, der bis ins einzelne im Einvernehmen mit der Kontrollkommission aufgestellt wurde, muß angenommen werden, daß Mißverständnisse vorliegen. Das Auswärtige Amt ist damit beschäftigt, diese Mißverständnisse aufzuklären.“

Wir haben es hier wieder mit einem Fall zu tun, in dem das Auswärtige Amt mit der Mitteilung über einen wichtigen Schritt der Entente so lange zurückgehalten hat, bis er auf dem Umwege über die Auslandspresse der deutschen Öffentlichkeit bekannt geworden ist; aber auch jetzt wird noch nicht der Wortlaut der Note veröffentlicht, der ein Urteil gestatten würde, sondern lediglich eine Erklärung, daß die Note der interalliierten militärischen Kontrollkommission auf einem Mißverständnis beruhen dürfte, das aufzuklärt werden soll. Welcher Art dieses Mißverständnis ist, wird nicht einmal angedeutet. Der „Vorwärts“ und auch ein großer Teil der anderen Berliner Presse, legt gegen diese unentschuldbare Geheimnisträumerei und Verluschungspolitik scharf Verwahrung ein. Es gehe nicht an, Noten von entscheidender Bedeutung in ein Geheimfach zu legen, zunächst ihr Vorhandensein zu leugnen und dann die Öffentlichkeit zu trösten, daß das Maß der Wahrheit zwar da sei, aber das Auswärtige Amt schon einen Ausweg finden werde, um das Mißverständnis aufzuklären. Zur Beseitigung des Mißverständnisses erscheint dem „Vorwärts“ in der Demokratie die Öffentlichkeit das geeignetste Instrument, weshalb er vom Auswärtigen Amt verlangt, daß es dem Reichstage und dem Volke über den Stand der Angelegenheit reinen Wein einschenke und auf alle Einschüßerungsmanöver verzichte. Bereits mehrmals habe die jetzige Reichsregierung versucht, dem deutschen Volke wichtige Dinge vorzuenthalten. Auf Grund dessen müßte endlich einmal gesagt werden, das dies Verluschungsmanöver der Gegenmaßnahmen bedürfe, damit wir im Auslande nicht noch unsern letzten Kredit verlieren.

Wie das „Hamb. Echo“ von zuständiger Seite hört, sind die politischen Vorwände, die für die Nichtveröffentlichung der Note sprechen, die, daß das Auswärtige Amt zunächst versuchen will, die Mißverständnisse über die Sicherheitswehr auf dem Verhandlungswege zu klären. Die politischen Beweggründe kommen, soweit unser Hamburger Parteiblatt unterrichtet ist, einem Diktatorspiel der Reichsregierung gleich, das sich gegen die sozialdemokratische Presse richtet und bezwecken soll, deren Meinung zu unterdrücken. Die Haltung der Linkspresse zu der jenseit-

der Vernichtung der bürgerlichen Herrschaft teilgenommen haben, der Anführung zum Aufstand schuldig gesprochen. Sämtliche Angeklagte wurden in 46 Fällen der Anführung zum Aufstand schuldig gesprochen; auch wird ihnen zur Last gelegt, an der Schaffung der Revolutionstrümpfe und an der Niederwerfung der gegenrevolutionären Bewegungen teilgenommen zu haben. Ueberdies wurden sämtliche Angeklagte wegen Herstellung des Sowjetgeldes der Falschmünzerei schuldig gesprochen.

Die Budapestener Richter, diese teuren Rechte Horthys, die das Recht zu einer Sure machen, indem sie jeden politischen Gegner zum Verbrecher stempeln, läsen Sturm.

Rumänien. Hungerstreik.

U. Bukarest, 28. Dezember. Siebzig Sozialisten welche wegen des Attentats auf den rumänischen Senat in der Festung Silava interniert sind, haben den Hungerstreik erklärt.

England.

Der Bürgerkrieg in Irland.

Nach einer Mitteilung der Militärbehörden überraschten die Reitertruppen eine große Anzahl von Personen bei einem Tanzveranstalten in der Nähe von Bruff (Grafschaft Limerick). Mehrere Teilnehmer waren bewaffnet und empfangen die Truppen mit Schüssen. Ein Polizist wurde getötet. Durch das Feuer der Truppen wurden fünf Angreifer getötet. 136 Personen wurden verhaftet.

Dreißig maskierte Bewaffnete haben in Cork das Bureau und die Druckerei des nationalistischen Blattes „Cork Examiner“ zerstört.

Vereinigte Staaten. Das reiche Amerika.

„Foreign Press Service“ meldet: Eine Zählung des gesamten zirkulierenden Geldes am 1. Oktober in den Vereinigten Staaten hat ergeben, daß 5106 Dollar auf jeden Kopf kommen. Auf Grund einer vorläufigen Schätzung beläuft sich das amerikanische Nationalvermögen, einschließlich des Immobilienkapitals, in diesem Jahre auf 220 000 000 000.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 29. Dezember.

Achtung, Jungsozialisten! Am Donnerstag, dem 30. Dezember, abends 8 Uhr, im Arbeitersekretariat, Johannisstraße 48, Mittagsbesprechung. Sehr wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen aller ist dringend erforderlich. Der Arbeitsausschuß.

Erweiterung des Siedlungsgeländes.

Eine Senatsvorlage an die Bürgerschaft sieht einen weiteren Verkauf von Siedlungsgelände vor. Unerkaufte Parzellen stehen zur Verfügung: an der Gärtnergasse 4, an der Dornbreite 18, Brandenbaumer Landstraße 46, in Karlsdorf 3, an der Schwarzbauer Landstraße 2, außerdem 73; ferner in Schlutup 31, auf der Holzoppel bei Mendorf 7 und am Wege Moislung-Mendorf 19. Im Stadtgebiet stehen also 73, im Landgebiet 57 Parzellen zur Verfügung. Demgegenüber sind im Stadtgebiet 228 und im Landgebiet 16 Anträge für den Ankauf von Siedlungsparzellen gestellt worden und weitere werden sicher folgen. Um einen Ausgleich zu schaffen, sollen in der Dornbreite 89, in Karlsdorf 37 und an der Schwarzbauer Landstraße 12 Parzellen gewonnen werden. Die Grundstücke werden 900—1200 Quadratmeter groß, erhalten einfache ausgefüllte Straßen. Es sollen Brunnen angelegt werden. Auf Gas-, Wasser- und Elektrizitätsleitungen, sowie auf Stelle muß der hohen Kosten wegen verzichtet werden. Die Kaufbedingungen sind die gleichen wie beim übrigen Siedlungsland. Dem Staat ist das Wiederkaufsrecht für jeden Veräußerungsfall und bei Nichtinnehaltung der gegebenen Bewohnungsfrist zu sichern. Als Anzahlung wird ein Viertel der Kaufsumme verlangt, das Restkaufgeld wird unter gewissen Bedingungen gestundet. Für Kriegsbeschädigte und Kriegserwitwen kann der Zinsfuß auf 3 Prozent ermäßigt werden. Abweichend von den früheren Bedingungen soll jedoch gefordert werden, daß spätestens innerhalb eines Jahres mit dem Bau eines Wohnhauses begonnen wird, da es nur dann als gerechtfertigt angesehen werden kann, das Land aus der Pacht zu nehmen, wenn es auch sofort für den Bau eines Hauses in Anspruch genommen wird. Bei der Vergebung des Siedlungslandes sollen, wie bisher, Kriegsbeschädigte, Kriegserwitwen, Kriegsteilnehmer und kinderreiche Familien in erster Linie berücksichtigt werden; ferner Besitzer von Häusern oder Grundstücken in Frage kommen, soll von Fall zu Fall geprüft werden, ob die Wohnungsverhältnisse oder andere Umstände die Abgabe einer Parzelle rechtfertigen. Der Senat fordert von der Bürgerschaft die Bewilligung der Kosten.

Änderung des Gaslieferungsvertrages mit dem Hochofenwerk. Zwischen der Betriebsbehörde und dem Hochofenwerk wurde ein Nachtragsvertrag über die Gaslieferung abgeschlossen, den der Senat der Bürgerschaft zur Genehmigung vorlegt. Der alte, im Februar 1912 geschlossene Vertrag läuft am 1. April 1922 ab. Wie aus dem von Herrn Oberbaudirektor Hofe erstatteten Bericht hervorgeht, hat unter den bisherigen Bedingungen wohl das Hochofenwerk keinen Vorteil gehabt, während der Staat im gleichen Maße, wie sich der Gewinn des Hochofenwerkes aus diesem Vertrage steigerte, mit Verlust rechnen mußte. Unter den bisherigen Bedingungen könne mit einem angemessenen finanziellen Gewinne der Gaswerke nicht mehr gerechnet werden. Die Gaswerke seien dem Hochofenwerk gegenüber beinahe zur vollen Entlastung der Ausgaben für Kohlen verpflichtet, dagegen völlig ungenügend am Rückgewinn aus Nebenzeugnissen beteiligt. Tatsächlich ließe dem Werk bei den Gaswerken ein gleich großer Gewinn beim Hochofenwerk gegenüber. Ein schwer erträgliche Belastung liege ferner darin, daß infolge der Unsicherheit und der fortwährenden Schwankungen der Kohlenlieferungen die Gaswerke mit hohen Reserven und nutzlosen Unterfeuerungsanlagen zu arbeiten gezwungen sind, was vor allem darin seinen Ausdruck finde, daß gegenwärtig weit geringere Anteile der Kohlerzeugung für den Verkauf zur Verfügung stehen als sonst. Die neue Preisfestsetzung mit dem Hochofenwerk stehe von der früheren vorteilhafter, so daß der Fremdgasbezug gegenüber der Eigenerzeugung rein finanziell genommen, den Vorzug verleihe. — Aus dem Ganzen geht also klipp und klar hervor, daß das Hochofenwerk ein sehr gutes Geschäft mit dem Lübschen Staat gemacht hat, der zu dem Millionenüberschuß des Hochofenwerkes mit beitrug.

Die rebellischen Viehhändler. Ueber die neuen Pläne der Viehhändler zur Wahrung ihrer heiligsten Güter berichtet die lübsche Presse: „In einer in Altona im „Raiferhof“ abgehaltenen Versammlung des Landesverbandes der in Schleswig-Holstein, den Hansestädten und im Fürstentum Lübeck am Viehhandel beteiligten Kreise wurde einstimmig beschlossen: 1. die Provinzialstelle in Altona als nicht maßgebend für den Viehhandel anzuerkennen. 2. Keine Schlussscheine anzustellen. 3. Weder Ausweisarten zu erzerben noch den vorgezeichneten hohen Preis dafür zu zahlen.“ — Die Viehhändler tun ganz recht daran, sich nicht durch irgend eine Behörde den Profit schmälern zu lassen. Wozu denn der „freie“ Handel da? Fleisch ist genug in den Läden und gekauft wird es auch von Leuten, die es dazu haben. Und für

die andern, die es nicht können, hat die Wiederaufbauregierung ja sowieso kein Interesse; wozu sollen es denn die Viehhändler haben?

Bestechungen bei Wohnungsämtern. Das letzte Heft der Mitteilungen des Vereins gegen das Bestechungswesen enthält einen bemerkenswerten Beitrag über Bestechungen bei Wohnungsämtern. Aus diesem Beitrag ergibt sich, wie leider immer wieder der Versuch gemacht wird, durch Versprechungen und Darbietung besonderer Vorteile, die Mitarbeiter der Wohnungsfürsorge vom Pfad der Pflicht abzubringen und wie hin und wieder leider auch nicht hinreichend charakterfeste Mitarbeiter der Wohnungsfürsorge dieser Gefahr erliegen. Die Gerichte sind gegen solche Unwesen mit schweren Strafen eingeschritten, die denen, deren Gewissen sie vor jenen Straftaten nicht zu bewahren vermögen, zeigen, daß sie sich der Gefahr schwerer strafwürdiger Aburteilung aussetzen. Als zweckmäßig dürfte auch das von Magistrat Charlottenburg geübte Verfahren anzusehen sein, der in einer Mitteilung an die Kreise die Namen zweier Kaufleute bekannt gibt, die sich beim Charlottenburger Wohnungsamt um die Zuweisung von Geschäftsräumen beworben und die jedem der zuständigen Beamten Geld angeboten haben, um für sich günstige Entscheidungen herbeizuführen. Der Magistrat Charlottenburgs hat Strafantrag gestellt. Das Verfahren, Personen, die in der angebotenen Weise vorgehen, durch Namensnennung in der Presse der öffentlichen Verachtung preiszugeben, dürfte auch für Lübeck zu erwägen sein.

Stadttheater. Elbseer kommt „Robert und Bertram“ zur Aufführung, die ersten Opernmitarbeiter werden Gesangsleistungen bringen. Sonntags nachmittags: Wiederholung des Weihnachtsmärchens; abends: Uraufführung von „Die Frau im Hermelin“, Operette von J. Gilbert.

ph. Festgenommen wurde ein Kraftwagenführer aus Mendorf l. Lauenburg, der in dem dringenden Verdachte steht, bei einem in Elbstorf wohnhaften Gastwirt diverse Lebensmittel und Spirituosen mittels Einbruches gestohlen zu haben und ein Arbeiter aus Osterholz, der in hiesiger Stadt mit Kalendern zu handeln vorgab, aber scheinbar nur Gelegenheit zu Diebstählen suchte denn er ist überführt und geständig, einer in der Krähensstraße wohnhaften Ehefrau, deren Wohnung er zum Handeln betreten hatte, einen Mantel gestohlen zu haben. — Ermittelt und festgenommen wurde ein 23jähriger Arbeiter von hier, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft zwecks Strafverbüßung wegen Fehlerreichte festgenommen wurde.

ph. Diebstahl. In der Nacht zum 29. ds. Mts. drangen Diebe mittels Nachschlüssels in ein Haus der Kaiser-Wilhelm-Straße ein und stahlen dort einen rötlichbraun gemulterten Mantel, Größe 2,75 mal 3,25 etwa, sowie einen marineblau gemulterten Schirasleppich, Größe 1 Meter mal 1,50 Meter; außerdem stahlen den Dieben vier silberne Fischbesteck, 1 Salafbesteck und zwei Kompottbesteck, gez. H. N., sowie ein Saucenkübel, gez. H. N., und ein halbes Dutzend silberne Kaffeekübel in die Hände.

Angrenzende Gebiete.

Ahrensburg. Das leidige Spiel mit dem Revolver. In Ahrensburg hantierten die Leute der Landwirtin Witwe Gerke mit einem Browning. Als der 12jährige Sohn der Frau Gerke die Waffe vom Tisch nahm, entlud sie sich. Die Kugel drang dem Knaben durch die Hand und traf den nebenstehenden jungen Menschen Steinmaß aus Fischbed ins Herz. Dieser war auf der Stelle tot.

Niel. Kein Schleswig-holsteinisches Land für Hamburg. Die Abgeordneten Verzen und Dr. Struve hatten Anfragen an die Preussische Staatsregierung wegen der in der Presse aufgetauchten Meldungen über Absichten Hamburgs, sich Teile der Provinz Schleswig-Holstein zur Bildung eines Staates Groß-Hamburg anzugliedern, gerichtet. Die Staatsregierung hat darauf nunmehr folgende Antwort erteilt: „Anregungen auf Angliederung von Teilen der Provinz Schleswig-Holstein an Hamburg zum Zwecke der Bildung eines großhamburgischen Staates sind wohl früher von hiesiger Seite der Preussischen Staatsregierung gegenüber geäußert, in neuester Zeit jedoch amtlich nicht wiederholt worden. Sollte es erneut zu Verhandlungen hierüber kommen, wozu von preussischer Seite keinesfalls die Initiative ergriffen wird, so wird die Staatsregierung sich den Schül der Provinz Schleswig-Holstein, die schon durch den Versailler Vertrag eine so schmerzliche Verkleinerung erfahren hat, in besonderem Maße angelegen sein lassen und die berechtigten Interessen der Provinz zu wahren wissen. Die Staatsregierung ist sich der großen Bedeutung, die die Erhaltung der wirtschaftlichen Kraft des Hamburger Hafens für das ganze Reich hat, voll bewußt, sie ist aber der Ansicht, daß es zur Erreichung dieses Zieles nicht nötig ist, der Provinz Schleswig-Holstein und den beteiligten preussischen Staatsbürgern wider ihren Willen Opfer zuzumuten.“

Wien. Ein furchtbares Verbrechen wurde in dem benachbarten Elbstorf an dem 80 Jahre alten Altmutter Peters verübt. Verwandte fanden ihr am 24. Dezember, morgens, in ihrem Bette blutüberströmt und bestimmungslos auf. Die linke Schläfe war zertrümmert. Am Tatort fand man ein Beil. Die Untersuchung ergab, daß als Täterin die in Hamburg wohnende eigene Schwiegermutter in Frage kam. Sie hatte ihren Schwiegervater am 23. Dezember besucht und ließ, ohne daß es von dem alten Mann bemerkt wurde, das Schlafzimmersfenster offen, als sie sich verabschiedete unter der Angabe, nach Hamburg zurückfahren zu wollen. Das tat sie aber nicht, sondern schlich sich in eine neben dem Hause befindliche Scheune, wo sie bis zum 24. Dezember blieb. Früh morgens um 5 Uhr schlich sie wieder ins Haus ihres Schwiegervaters. Dort zertrümmerte sie mit einem Beil die linke Schläfe des alten Mannes. Nach dieser Tat flüchtete sie zu Fuß nach Wismar und kehrte nach Hamburg zurück. Hier erfolgte ihre Verhaftung. Die Täterin legte nach anfänglichem Leugnen ein Geständnis ab. Als Grund zu dem Verbrechen gibt die Frau an, daß ihr Schwiegervater ihr ein Sparfassenbuch über 3500 Mark vermacht habe, das sie aber erst nach seinem Ableben erhalten sollte. Um das Geld schon zum Weihnachtsfeste in die Hände zu bekommen, habe sie dem alten Mann nach dem Leben getrachtet.

Barlau. Zum Lohn nach der Landarbeiter, wie ihn die Arbeitgeber planen, wird uns von einem Landarbeiter geschrieben: Wie steht es mit dem Deputat der Landarbeiter aus, wodurch sie erhöhte Einnahmen haben sollen? Nach dem Tarif sollen drei Liter Milch verabfolgt werden. In Wirklichkeit aber gibt es durchweg einen Liter und drei Liter Mager- oder Buttermilch. Für Butter wird ein Verkaufspreis von 16 Mk. pro Pfund erzielt. Fleisch hat nur derjenige, der in der Lage ist, ein Schwein zu mästen. Die 3 Meter Holz und 8 Kubik Fuß Holz, die er als Feuerung gibt, reichen bei einem Kochen auf offenem Herd nicht aus. Korn: Wo das Brotgetreide und Futterkorn in einigen Fällen nicht verbraucht wird, ist der Arbeitgeber sofort zur Stelle und erklärt, daß er das Getreide zur Saat behalten muß. Eine fünfköpfige Familie erhält pro Monat 120 Pfund Brotgetreide. Das Mehl- und Badgeld beläuft sich auf 16 bis 18 Mk. Gerste gibt es im Monat pro Kopf 10 Pfund, die wenn zur Grütze verarbeitet, auf rund fünf Pfund zusammenkommen. So entstehen pro Jahr Unkosten von 260 bis 270 Mk. Dann kommt für Beleuchtung 362 Mk. und für Feuerung noch etwa 100 Mk. hinzu. Wenn man weiter die Kosten für Waschmittel usw. berücksichtigt, so bleibt für Kleidung und Fuhrzeug fast kein Geld übrig. Gegenüber der Preissteigerung der Kolonialwaren und anderer Artikel, die der Landarbeiter nicht entbehren kann, ist der Lohn sehr zurückgeblieben. Die Erzeugerkosten der landwirtschaftlichen Produkte sind seit der letzten Frühjahr nicht erheblich gestiegen. Wenn die Erzeugnisse schlecht ausfallen, so liegt das vielfach an den Landwirten selbst, weil das Land durch Regen und andere billige Arbeits-

kräfte oft mangelhaft bearbeitet wird. Viel Land liegt auch als Weide brach und wird nicht genügend ausgenutzt. Den Landarbeitern aber möchte ich zurufen: Seid einig und geschlossen, damit die Pläne der Arbeitgeber abgewehrt werden können.

Harburg. Beschlagnahme und wieder gestohlene Waffen. In Oster wurden am 15. Dezember bei den Bauern Waffen beschlaggenommen, im Spritzenhaufe untergebracht und von den „ordnungsliebenden“ Elementen in der Nacht wieder gestohlen. Jetzt legt der Landrat für die Ermittlung der Täter — es sind 60 Gewehre und Munition gestohlen — 2000 Mk. Belohnung aus. — Demen um Drausch liegt natürlich mehr an 60 Mordwaffen als an lumpigen 2000 Mark.

Stade. Explosion eines Bierfasses. Am zweiten Weihnachtstage verunfallte der Besitzer des Gartenrestaurants „Zum Ruffhäuser“ in Campe, Heel, dadurch schwer, daß ein Bierfass, das er unteruchen wollte, explodierte. Das schwere Gewindestück der Kohlendruckleitung floß Heel ins Gesicht, zertrümmerte ihm das Nasenbein, schlug sämtliche Zähne los und verletzte den Gaumen schwer.

Neueste Nachrichten.

Kommunistische Hoffnungen.

U. Berlin, 29. Dezember. Gestern begannen in Berlin die Verhandlungen des Reichstages der kommunistischen Jugend Deutschlands. In seinen politischen Reden stellte G. P. t n e (Hamburg) gewaltige blutige Kämpfe des Proletariats in Aussicht. Ein Ausbruch des Eisenbahnstreiks sei eine günstige Gelegenheit, um eine Aktion gegen die jetzige Regierung zu entfesseln.

Reichsverkehrskonferenz.

U. Dresden, 29. Dezember. Am Dienstag fanden in Dresden die angekündigten Verhandlungen des Reichsverkehrsministers mit den Präsidenten der Eisenbahn-Generaldirektionen Deutschlands statt. Die Verhandlungen zogen sich bis in den späten Abend hinein. Ueber der drohenden Streikgefahr wurden hauptsächlich Fragen des inneren Dienstbetriebes, zum Teil mit dem Übergang der Eisenbahnen auf das Reich zusammenhängend, erörtert.

Der Bau der Saalealtperron.

U. Halle, 29. Dezember. Nach Mitteilungen des schleswig-holsteinischen Wiederaufbauministeriums ist ein Geschenkvertrag in Vorbereitung, das für den von Thüringen und Preußen gemeinsam betriebenen Bau großer Saalealtperron die Befugnis zur Enteignung und Beschränkung des Eigentums an den anliegenden Grundstücken verleiht.

Ein holländischer Dampfer gestrandet.

U. A. O. L. b. e. r. g., 29. Dezember. Im Nebel strandete der große holländische Dampfer „W. a. r. n. s. e. b. a.“ mit Passagieren und Stückgut. Menschenverluste sind nicht zu beklagen. Eine Rettung ist bisher noch nicht gelungen.

Aufhebung von Ausfuhrverboten durch die schwedische Regierung.

U. S. t. o. c. k. h. o. l. m., 29. Dezember. Die schwedische Regierung hat die Ausfuhrverbote für Getreide aller Art und Erzeugnisse daraus sowie für Heu, Stroh und Futter aufgehoben. Auch das Ausfuhrverbot für Erzeugnisse der Viehzucht soll in Kürze fallen.

Keine Internationalisierung der Donauebenenflüsse.

U. W. i. e. n., 29. Dezember. Die von einem Wiener Blatt gebrachte Nachricht über ein Verlangen der Tschecho-Slowakei nach Internationalisierung der Flüsse Inn, Enns und Salzach als Nebenflüsse der Donau sowie der angebliche Einspruch der Tschecho-Slowakei gegen die Elektrifizierung dieser Flüsse wird von maßgebender Stelle in Prag als unwahr bezeichnet. Eine solche Idee war tatsächlich von einer anderen Seite erörtert, ist aber wieder fallen gelassen worden.

Attentat auf den rumänischen Ministerpräsidenten General Averescu.

U. B. u. d. a. p. e. s. t., 29. Dezember. Hier wird bekannt, daß in Rumänien gegen den Zug des Generals Averescu ein Attentat verübt worden sei. Averescu blieb unverletzt; dagegen kamen von seiner Umgebung und dem Eisenbahnpersonal mehrere Personen ums Leben. Aus derselben Quelle wird mitgeteilt, daß zwischen Predeal und Kronstadt zwei Personenzüge, welche das 83. Klausenburger und das 99. Großwardeiner Infanterieregiment an die besarabische Front bringen sollten, zusammenstießen. Es sind hierbei 40 Mann und mehrere Pferde ums Leben gekommen. Zahlreiche Verwundete mußten infolge schwerer Verletzungen erschossen werden.

Das Drama von Fiume.

U. L. u. g. a. n. o., 29. Dezember. Die Kämpfe mit d'Annunzio dauern fort. Die Legionäre kämpfen mit großer Erbitterung. In Rom wurde ein Funkentelegramm der Bevölkerung Fiumes mit verzweifelten Hilferufen aufgesandt. Unabsehend kämpft die Bevölkerung gegen d'Annunzio. Ein Pulvermagazin d'Annunzios ist in die Luft gesalgen.

U. R. o. m., 29. Dezember. Der Bürgermeister von Fiume hat in einem Funkentelegramm um Waffenstillstand gebeten.

Die schwierige Lösung der Arbeitslosenfrage in England.

U. L. o. n. d. o. n., 29. Dezember. Die Frage der Arbeitslosen ist in England so brennend geworden, daß Lloyd George die beiden Weihnachtstage über in London blieb und mit dem Arbeitsminister konferierte. Außer Kanada wollen auch die anderen Kolonien von seinem Plan, einen Teil der Arbeitslosen nach dort abzuschieben, nichts wissen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 13. Heft vom 1. Band des 99. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Wie sieht's in Irland aus? Von Heinrich Cunow. — Marx und Engels als Philosophen. Von Albert Kranold. II. (Schluß). — Japans wirtschaftlicher Aufstieg. Von Erich Bagel. (Schluß). — Die Freigeld-Utopie von Friedrich Olf (Ebersfeld). — Literarische Rundschau. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 13 Mark das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1 Mark. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Briefkasten.

J. G. Wir danken Ihnen für die Vermittelung der „Ober-schlesischen Warte“. Von weiteren Zusendungen bitten wir jedoch Abstand nehmen zu wollen, da wir selbst das Blatt ohnehin regelmäßig zu lesen pflegen.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Otto Friedrich; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Hermann Bauer. Verleger: Felix Steinberg. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

ZUR NEUJAHRSWAHL

Elegante Ball- und Gesellschafts-Kleider
Elegante Blusen
Ansteck-Blumen
Gesellschafts-Schuhe für Damen und Herren
Gesellschafts-Krawatten
Handschuhe
Strümpfe
Neujahrskarten
Kalender

Scherz-Artikel

Glücksfiguren zum Bleigießen am Altjahrs-Abend... 1.85
Humoristische Knallfiguren 95. S
Knall-Zigaretten .. 10 Stück 1.—
Zimmer-Feuerwerk-Artikel 95. S, 75. S
Bengal-Zündhölzer Schachtel 50 S
Knallerbsen 10 Stück 60 S
Konfetti Paket 40 S
Konfetti-Bälle 1 Stück 20 S
Papiereschlangen .. 20 Rollen 1.—
Papier-Girlanden 1.25 95. S, 35. S
Fächer Stück 30 S
Masken 5.75 bis 15. S
Nasen und Bärte .. 3.50 bis 50. S
Mützen und Kappen 2.25 bis 30. S
Ansteck-Figuren... 60. S bis 20. S
Scherz-Gebäck 85. S, 75. S
Scherz-Konfitüren ... 45. S, 30. S
Nüsse und Krachmandeln 35. S
Feigen und Datteln .. 45. S, 35. S
Juck- u. Niespulver Schacht. 50. S
Radau-Knarren 1.10
Kri-Kri-Frösche 45. S
Stuhlsitze mit Musik..... 65. S
Pillen-Männchen mit Pillen 85. S
Toiletteseife mit Musik... 95. S
Geldbörsen mit Musik... 2.50
Liebes-Thermometer..... 95. S
Hampelmänner 50. S

Weingläser
Wein- und Likör-Karaffen
Bowlingläser
Bowlen
Glas-Teller und -Schalen
Kristalle
besonders preiswert
Feine Parfüms
Taschen-Spritz-Flacons

Humoristische Ueberraschungen
in großer Auswahl.
Wirten und Vereinen weitgehendes Entgegenkommen.

Am Notenlager:
Neueste Schlager
in Liedern und Tänzen

Mollenhauhaus

L U B E C K

Krankenkasse gewerb. Arbeiter.
General-Versammlung
am Montag, dem 31. Januar 1921
abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50/52.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. und 4. Quartal 1920 und Jahresbilanz.
2. Wahlen.
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.
Der Vorstand.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband.
Filiale Lübeck.
Versammlung
für alle in den Wäsche-reien u. Färbereien befristigt. Arbeiterinnen
am Donnerstag, d. 30. Dezbr.
abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist wegen der wichtigen Tagesordnung dringend erwünscht. (11763)
Die Ortsverwaltung.

Konsumverein für Lübeck und Umg.
e. G. m. b. H.
Bilanz am 30. September 1920.

Aktiven.	M	S	Passiven.	M	S
An Kassenbestand	11 619	99	Per Reservecapital	89 528	22
Wechselkassen	2 650	—	Bausonds	9 000	—
Bankguthaben G. G. G.	64 449	25	Warenvorschußfonds	18 641	04
Bankguthaben G. G. G. (Giro)	424 658	78	Dispositionsfonds	17 851	78
Vorschuß- und Sparr-Bank (Giro)	156 615	07	Geschäftsguthaben d. Genossen.	459 047	39
Bankguthaben Com-merzbank (Giro)	271 497	76	Spareinlagen	4 288 198	03
Debitoren	12 347	95	Sparmarkenguthaben	1 457	75
Beteiligung	84 727	80	Kautionen	20 186	57
Wertpapiere	1 021 900	—	Darlehen	150 000	—
Waren	3 524 326	39	Hypotheken	472 675	—
Mineralwasser	889	—	Lieferantenschulden	629 525	89
Fischerei	25 414	61	Rabattguthaben der Genossen.	678 432	62
Feuerung	34 248	35	Noch zu zahlende Untkosten	70 105	22
Papier u. Bindgarn	168 087	48	Noch zu zahlende Umsatzsteuer	818 754	10
Inventory	107 400	—	Grüßigung	72 686	22
Maschinen u. Betriebsmittel	7	—			
Hypotheken	15 000	—			
Telegraphenamt	20 800	—			
Grundstück u. Gebäude	1 800 000	—			
	7 240 589	33		7 240 589	33

Preis-Skat
Sonntag, d. 1. Januar, nachmittags 4 Uhr, (11782) Posterkana.
Restaurant (11778) Johannishof
früher Pferdehof.
Silvester:
Großes gemütliches Beisammeln.
Vorherige Tischbestellung nicht erforderlich, denn frühes Kommen sichert Platz.

Lübecker Weinhaus
Otto Voigt
Fleischhauersstr. 14.
Weine
Liköre
Spirituosen

In einer Stunde fertigen Sie unter Garantie Kopf-, Hüft-, Brust, Wangen, Fische bei Menschen u. Tier. „Goldsch“, g. geich. M. Bund. unschädl. Verkauf nur Feiler (11761) H. Wiese, Regidienstr. 4. Postverfand.

Qualitäts-Strümpfe
Stück 50, 25, 15 und 10 Pfg.
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Seife Margarine
Salmin
weißes Schmalz
P. Holdt
Rensefeld,
Sachsenstr. 2.

Pa. Ledersohlen
F. Brons,
Sachsenstr. 11, 1.
E. Krüger,
Sachsenstr. 9.

Mieterschutzverein
Lübeck e. V.
Versammlung
der Mieter in städtischen Wohnungen
am Donnerstag, 30. Dez., abends 7 1/2 Uhr,
im Lokale Friedrichshof, Schwartauer Allee.
Der Vorstand.
J. Kogowsky.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Lübeck.
11769

Berammlung der Schanerleute
am Donnerstag, 30. Dez., abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Bericht der Lohnkommission.
Die Ortsverwaltung.

Preis-Skat
Donnerstag, 28. Dezbr. abends 7 1/2 Uhr. (11774)
Restaurant Johs. Jürss,
Engelsgrube 59.

Möbel
Polsterwaren, Spiegel
Herren-Anzüge
Teilhahung
Kestler, Holstenstr. 17.
Belohnung (11751)
Leute, die am 1. Januar, beim Jahre 1917/18, die...
Belohnung...
Belohnung...

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.
Am Freitag, dem 31. Dezember 1920 (11770)
Großer Silvester-Ball
im Gewerkschaftshaus
Johannisstraße 50/52.
Anfang 7 Uhr. Ende ???
Hierzu ladet freundlich ein
Das Komitee.

Hansa-Theater
Mittwoch, 29. Dezbr. (15. Voll-Abon. 8. H.-Abon. Serie 1)
Gastspiel Ellen Drückhammer vom Metropoltheater Göttingen (11764) Dreimäderlhaus.
Donnerstag
Die Czikosbarone
Operette i. 3 Akte v. Karno.
Freitag 7 Uhr
Große Silvesterfeier
D. Großstadt-kavallerie.
Schwanz in 3 Akten.
mit Konzerteinlagen.
Zur Beachtung i. Zahl. der 2. Abonn.-Rate b. 31. 12.

Stadttheater Lübeck.
Mittwoch, Weihnachtsmärchen
Pips der Pilz. 8 Uhr.
Bettinas Verlobung. 7.30
Bucht. A u. H. Vorst. im Schauspiel-Abonnement.
Donnerstag. Bucht. D u. 10. Vorst. i. Opern-Abon.
D. Barbier v. Sevilla. 7.30.
Freitag. Bucht. D und 10. Vorst. im Schauspiel-Abon.
Robert u. Bertram. 7 Uhr.
Sonntag. Weihnachtsmärchen
Pips der Pilz. 8 Uhr.
D. Frau im Hermelin. 7.30.
Sonntag. 10. Veranfalt. f. den Arb.-Bildungs-Verein
Robert u. Bertram 8 Uhr.
D. Frau im Hermelin. 7.30.
(11759)

Jouhaux über seine Eindrücke in Deutschland.

Das „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ bringt in seiner Nr. 52 vom 25. Dezember 1920 die Uebersetzung von zwei Berichten, die Genosse Jouhaux in Nr. 36 und 37 des französischen Gewerkschaftsblattes „L'Atelier“ über seine Eindrücke im besetzten Teile Deutschlands veröffentlicht hat. Diese Berichte sind um so anerkennenswerter, als ohne Zweifel ein besonderer Mut dazu gehört, im heutigen chauvinistischen und imperialistischen Frankreich solche Wahrheiten öffentlich zu sagen. Jouhaux schreibt unter anderem:

Es ist durchaus unsere Pflicht, der öffentlichen Meinung in Frankreich zu sagen, daß man sich bemüht, sie zu verwirren und zu täuschen; es ist durchaus unsere Pflicht, daran zu erinnern, daß die Bergarbeiter an der Ruhr bis jetzt die von ihren Vertretern in Spaa eingegangenen Verpflichtungen vollständig erfüllt haben. Und die gleiche Sorge für die Wahrheit verpflichtet auch, zu sagen, daß die Entente nicht dieselbe Sorgsamkeit dafür gehabt hat wie die Arbeiter, ihre Versprechungen einzulösen. . . .

Die Befestigung des Ruhrgebiets? Wir haben uns von der tiefen Erregung überzeugen können, die die Bewohner dieses Gebiets in dem Fall ergreifen würde. . . . Die Befestigung des Ruhrgebiets wäre sofort das Zeichen eines Generalstreiks. . . .

Die Arbeiter des Ruhrgebiets machen beträchtliche Anstrengungen, arbeiten mit allen Kräften, um die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Man darf aber nicht darauf rechnen, daß sie unter dem Druck der Bajonette denselben Eifer entwickeln würden. Und noch eins. Man kann alles von ihrem guten Willen erwarten; man kann aber nichts von ihnen unter einem Sklavenregiment erwarten.

Sie tabeln, weil sie so denken? Wer wird es wagen?

Wir sind zurückgekommen mit dem lebhaftesten Eindruck (um nicht mehr zu sagen), daß die Befestigung des Ruhrgebiets von dem Großkapitalismus Deutschlands, von der Stinnespartei, gewünscht werde, von der ein Leiter eines großen Betriebes uns als „ausländische Feinde“ bezeichnet hat. Und warum? Weil diese Befestigung der Ruin der Pläne zur Sozialisierung des Bergbaues sein würde, die zurzeit jenseits des Rheins erwogen werden.

Wir haben uns überzeugen können, daß das Unternehmertum auf die Soldaten der Entente rechnet, damit diese ihnen bei ihren reaktionären Bestrebungen helfen.

Wenn man die Leiden der deutschen Arbeiterbevölkerung in Abrede stellt, so lügt man! Wir haben sie gesehen. . . . Wir haben die Kinder dieses Gebietes gesehen. Abgezehrt, ohne Wärme, erschöpft, frühzeitig gealtert. Keuschlich sauber gehalten, jedoch in 8 von 10 Fällen ohne Hemd. Wir sind unerwartet zu den Mahlzeiten der Arbeiter gekommen, und als wir uns entfernten, fragten wir uns, wie es möglich sei, daß Familien von 8 Personen mit durchschnittlich 50 Mt. täglich auskommen können. Das ist annähernd ebenso, wie wenn man von ihnen verlangen wollte, in Paris mit einem täglichen Einkommen von 8 bis 9 Fr. auszukommen. Wir haben die Jünglinge gesehen, die ausgezehrt jungen Leute; wir haben bemerken müssen, daß eine ganze Generation gefährdet, blutarm, zur Tuberkulose verdammt ist, wenn diese Verwüstungen noch weiter gehen.

Ein solcher Stand der Dinge kann nicht andauern, wenn man die Menschenrechte nicht durchaus verneinen will. . . . Wir haben nicht alle Forderungen unterschrieben, die man uns unterbreitet hat; wir mußten sogar genug Vorbehalte verächtigen — das Wort ist nicht zu stark —, die sich auf amtliche Erklärungen unserer französischen Minister beziehen. Wir haben darum aber um so mehr das Recht, auszusprechen, daß die Entente auf Grund der eingegangenen Verpflichtungen zu Schritten gegriffen hat, und daß diese Haltung von uns nicht gebilligt werden soll. Die Frage nach den Kohlen, die wir gebrauchen, die die Deutschen gebrauchen, kann durchaus nicht gewaltsam gelöst werden. Die Lösung ist, daß man den Arbeitern, die die Kohlen fördern, gestattet, ihre Kräfte

wieder zu erlangen, damit sie fortfahren können, ihre familiären Verpflichtungen zu erfüllen. Es ist jedoch mehr als die Frage eines Landes an ein anderes. Es ist nicht das allein. Es verbindet sich mit einer Reihe von Fragen, deren Regelung das ganze Europa angeht.

Dies alles sollte gesagt werden. Alle von uns berichteten Auskünfte von dort sollten unseren Genossen zur Verfügung gestellt werden. Wir werden es an dieser Stelle tun.

In Nummer 37 des „L'Atelier“ läßt Genosse Jouhaux sich über die Frage des Wiederaufbaus aus. Er sagt da unter anderem:

Unsere Genossen in Deutschland haben formell erklärt, daß sie es als ihre Pflicht betrachten, an dem Werke der Wiederverfestigung teilzunehmen, und daß sie bereit sind, sich dazu zur Verfügung zu stellen. Wir haben unsererseits erklärt, daß die französischen Arbeiter bereit sind, ihre Mitarbeit anzunehmen, und daß wir die Bürgschaften für gerecht und notwendig halten, die sie fordern in Hinblick auf das Gewerkschaftsrecht, die Bewegungsfreiheit und die Anwendung der sozialen Gesetze, die sie in ihrem Lande genießen.

Das sind nun nicht leere Versprechungen. Die Vertreter der Bauarbeiterorganisationen Deutschlands haben darauf hingewiesen; daß ihre Regierung sie schon aufgefordert habe, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Es haben im Januar 1919 Verhandlungen mit Vertretern der deutschen Regierung, der französischen Regierung, der deutschen Gewerkschaften, unseres Bauarbeiterverbandes und des französischen Gewerkschaftsbundes stattgefunden. Sie erzielten nichts, und die Verantwortung für das Scheitern fällt gänzlich auf die französischen Minister zurück, die sich verpflichtet hatten, im Dezember eine Antwort zu geben — auf die man noch heute wartet.

Wenn unsere unglücklichen Landsleute leiden, wenn sie, nach den Bedingungen des Friedens überantwortet, gezwungen sind, in ihren Katastern oder ihren Erdbhöhlen zu frieren, so müssen sie wissen, wenn die Verantwortung für diese Sachlage zufällt. Sie müssen nicht außer acht lassen, daß die Regierung dieses Landes die Vorschläge nicht hat berücksichtigen wollen, die ihr gemacht worden sind, daß sie sie ohne Antwort gelassen hat, daß sie noch nicht begonnen hat, sich wirklich zum Zwecke des Wiederaufbaus zu bemühen. Aus welchem Grunde?

Unser Besuch in Deutschland, das sagen wir rund heraus, hat neue Befestigungen über die Gewisheit gebracht, über die besonderen Interessen, die hier noch immer voranstehen und das Allgemeinwohl ausbeuten.

Die Unternehmer, eifersüchtig auf die Kriegsgewinne ihrer Kollegen in der Metallindustrie und der Zwischenhändler in der Lebensmittelverfertigung, betrachten die verwüsteten Gebiete als ihr eigen. Es ist ein „Ruchen“, den sie mit niemand teilen wollen; die deutsche Mitarbeit in Arbeitskräften, in Baustoffen, in Geldmitteln würde ihren Anteil vermindert haben. . . .

Wir stellen fest, daß es möglich gewesen wäre, sie (die zehn zerstörten Departements) schnell wiederherzustellen und ohne den Rücksichtern der Erbarbeiter und des Bauwesens einen Vorwand zu ungemessenen Profiten zu geben. Man hat nichts in diesem Sinne getan. Wir glauben jedoch auf keinen Fall, daß man vor dieser Gier, vor diesen Bestrebungen zurückweichen soll. Und wir haben in Berlin beschlossen, uns an die nationalen und internationalen Arbeiterorganisationen zu wenden, einen Aufruf an die Bewohner der unglücklichen Gebiete zu erlassen, die öffentliche Meinung zu unterrichten und dieser zu zeigen, daß es nicht nur im Interesse der in Rede stehenden Gebiete liegt, sondern im Interesse ganz Europas, aller Nationen, die von dem Zusammenbruch ergriffen oder doch von derselben Gefahr bedroht sind.

Ohne ein freies Zusammenwirken der Völker bei dieser Arbeit, ohne eine „Solidarisation“ der materiellen, moralischen Interessen der Nationen treibt Europa zu einem Zusammenbruch und mit ihm die Welt. Darauf werden wir niemals genug hinweisen können.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 29. Dezember.

Vorsicht ist die Mutter der Weisheit. Weigerung eines Verlobten, sich ärztlich untersuchen zu lassen, ist ein wichtiger Grund zum Rücktritt vom Verlöbniß. In einer seiner jüngsten Entscheidungen von allgemeinstem Interesse stellt das Kammergericht in Berlin folgende Grundsätze hinsichtlich der ärztlichen Beratung vor der Eheschließung auf: Zu den Pflichten eines Verlobten gehört, daß er bei Auftreten besorgniserregender gesundheitlicher Erscheinungen dem Verlangen des anderen Verlobten, diesbezüglich ärztliche Beratung und Begutachtung einzuholen, entspricht. Dies liegt ihm so sowohl zur sachgemäßen Behebung des etwaigen Krankheitszustandes als auch zur Aufklärung des anderen Verlobten darüber, ob es sich um eine Krankheit handelt, welche zeitweise oder dauernd die geplante Eheschließung unratlich macht. Verweigert ein Verlobter gleichwohl hartnäckig die Vornahme der ärztlichen Untersuchung oder die Bekanntgabe ihres Ergebnisses an den anderen Verlobten, so kann dieser daraus einen wichtigen Grund zum Rücktritt vom Verlöbniß herleiten, und zwar selbst dann, wenn der sich weigernde Verlobte tatsächlich gesund ist. Das Recht zum Rücktritt besteht jedoch nur dann, wenn der andere Verlobte die Aufforderung zur ärztlichen Untersuchung mehrfach und mit Nachdruck ausgesprochen und vor allem dabei ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß die gleichwohl festgehaltene Weigerung ihm einen Grund zur Lösung des Verlöbnisses geben könne.

h. Eine Weihnachtsfeier der Jungsozialisten fand am zweiten Weihnachtstage statt. Eingeleitet wurde der Abend durch die Vorführung einer Kinderbeziehung im Familienkreise. Der Weihnachtsmann hatte alle Hände voll zu tun, um die kleinen Gäste zu befreuen. Durch das Weihnachtslied „O Tannenbaum“ wurde man in die eigenen Kinderjahre zurückgeführt. Durch einen schmunzeln vortragenden Prolog der Genossin Kahl begann das reichhaltige Programm. Die Mandantinnen sangen ihrer Mutter brachten stets neue Stimmung. Besonders Kahl und Pieschen trat in ihren Regitationen angenehm hervor. Genosse S. Haase las in einer Ansprache auf den Ursprung und die Bedeutung des Weihnachtsfestes hin. Er forderte zur eifrigen Mitarbeit für die große Sache des Sozialismus auf, damit wir dereinst ein wirkliches Weihnachtsfest der ganzen Menschheit feiern können. Die Arbeiterjugend führte einige wohlgeleitete Reden auf. Genosse Haase len. beendete durch das Couplet: „So war es früher und so ist es heute“, die Anwesenden. Ein Schlußlied beendete die Feier. Die Jungsozialisten haben an diesem Abend wieder ihr tatkräftiges Können gezeigt. Jeder ist befriedigt nach Hause gegangen.

Angrenzende Gebiete.

r. Erademiinde. Rein Häsung. Die Stielungsstätigkeit ist hier festgefahren und es wird hohe Zeit, daß der Wohnungsnot gesteuert wird. Bei den heutigen Verhältnissen ist nicht daran zu denken, daß sich viele Einwohner um Stielungsland bemühen werden, denn selbst wenn der Staat 20 000 Mt. Beihilfe gibt und ebenso viel die Hotels und Pensionen aufziehen, so bleibt dem Stielungslustigen immer noch ein Kapital von 80 000 Mt. zu verzinsen. Er wohnt dann mit etwa 1800 Mt. Unkosten auf seinem leichtengebauten Karterhaus. Das reizt nicht zum Bau von Eigenheimen, die kaum so viel Raum besitzen, um im Sommer eine Einnahme durch Abvermieten zu erzielen. Das viele Ende kommt aber erst nach 20 Jahren, wenn das Haus neu abgekauft und 10 000 Mt. von dem vom Staat und der Stielungsgeellschaft hergegebenen Darlehen kündbar und verzinsbar als Hypothek eingetragen werden. Dann steht der Stielier mit diesen Hypotheken, sowie 20 000 Mt. Bankguthaben und 10 000 Mt. eigenem Geld (also 50 000 Mt. zusammen) vor seinem haufälligen Häuschen. Will man die Stielungstätigkeit befehen, dann müssen andere Auswege gesucht werden. — Hierzu ist zu bemerken, daß es norderhand doch eine anerkennenswerte Hilfe bedeutet, wenn dem Stielier 40 000 Mark zinslos zur Verfügung gestellt werden. So ist der Staat denn doch nicht gesteuert, daß er jedem ein schuldensfreies Hüllung schaffen kann. Wie das Grundstück nach 20 Jahren bewertet wird, darüber brauchen wir uns heute den Kopf noch nicht zu zerbrechen. Den ideellen Wert des Eigenheims darf man doch auch nicht ganz außer acht lassen. Neb.

Sirene.

Eine Schiffs- und Höhlengeschichte von L. Starklof.

28. Fortsetzung.

Sirene fand es bequemer, eine über ihr waltende ganz spezielle Vorhersage anzunehmen. Nach ihrer Meinung, sagte sie, habe der Mensch keine Freiheit, alles sei von jeher so vorgezeichnet; man glaube mit eigener Kraft zu schwimmen und werde doch nur von den Wellen dahin getrieben, wohin man solle.

Lothar schrie über diesen Satz, der ja, wenn er wahr sein könnte, den Menschen zu einem sinnlosen Werkzeug machte, ihn zwar aller Verantwortlichkeit erhöhe, zugleich aber auch keine Freiheit erstärke, seinen Handlungen jeden Wert und jedes Verdienstliche raubte, keinen Beschluß und keine Entlassung bestehen ließe.

Sirene wollte nicht nachgeben; sie fand die schönste Bezeichnung darin, daß alles, was sie nach logenannter Laune vornehme, wie verlehrt es auch herauszukommen scheine, doch ein Wert höherer Eingebung sei, und daran zu mädeln, habe sie keine Erlaubnis.

Lothar nannte das geradezu eine gesinnungslose Feigheit und behauptete: sie denke auch gar nicht so! Erst vor einigen Tagen auf jener Jagdstreife habe sie zum Beispiel über die Männer und Laten der französischen Revolution ganz anders geredet, habe deren Energie und schnelles Handeln gerühmt! Was dann aber daran zu preisen sei, wenn sie nun die Lehre predige, daß jeder nicht der Herr, sondern geradezu der Sklave seines Handelns sei?

Sirene war viel zu jung, zu unerfahren, zu sehr von bisheriger Wohlleben verzogen, als daß sie mit wirklichem Denken über solche Dinge sich viel besäht haben konnte. Was sie jetzt vorbrachte, war nur spielende Anschauung, bedingt von der Laune des gegenwärtigen Augenblicks, und genau besetzen nicht viel mehr, als ein leichtes Kindergeschwätz. Aber sie behielt immer eine reizende Anmut im Behandeln ihres Themas, und wo sie nicht weiter konnte, warf sie sich in ein Dornengeflecht mädchenhafter Eigenständigkeit und Reizbarkeit, aus welchem sie gar nicht wieder herauszubringen war. In solchen Wendungen und Steigerungen kam immer recht durchgreifend die leichtsinnige Hofdame zum Vorschein.

Mit dergleichen Gesprächen gingen sie den Waldpfad hinan. Der Tauch von Änsten und Gefunungen lehrt den inneren Menschen nach außen und wagt Vertrauen. Sie waren sich wirklich in der Bierzeltstunde viel näher gerückt, und Lothar erzählte, wie Theodora kurz vor ihrer Abreise gesagt, das Fräulein werde zur Rheingraben nach Dhann gehen; als ihm das wieder zugekom-

men, habe er dagegen die höchste Wette ausgedehnt und, selbst wenn es geschähe, behauptet: Die bleiben nicht acht Tage zusammen.

Die Wette, versetzte Sirene, könnte er doch verlieren; aber warum er denn glaube, daß sie mit der Gräfin nicht zusammenleben könne? — Also doch? — wiederholte er mit unsicherer Stimme, welche eine tiefe innere Bewegung verriet, und fügte dann schnell hinzu: Nicht acht Tage! Weil sie eine Tyrannin ist, welche in ihrem Despotenhochmut sich berufen fühlt, die Menschen wie Marionetten hin und her zu gängeln. Aber freilich, recht unterhaltend mag es auf Schloß Dhann sein, wo immer so viel Besuch ist. Jetzt sollen sich gar zwei Prinzen dort aufhalten?

Das Gähneln, sagte Sirene, würde freilich mit ihr schwer halten, und an den Prinzen — sie wisse jedoch nur von einem — sei ihr so wenig gelegen, daß sie um dazwischen eber wegbleiben als hingehen würde, wenn das nicht wieder ansähe, als ob man ihnen großen Wert einräumte.

Sie letztere eben einen Stiel an dem Berg durchs Gebüsch hinaufgeredeten Seitenpfad zwischen Bäumen empor, so schroff, daß man sich von Stamm zu Stamm in die Höhe zu quälen hatte. — Mit höchlich kindischer Sorglosigkeit rief Sirene: Gefällt mir die Gräfin, so ist es gut! Gefällt sie mir nicht, so ist es schlimm! oder es ist vielmehr auch gut! Ich gehe zu ihr, ich gehe wieder von ihr! Es ist alles Schickung und Glück!

Lothar glaubte nicht recht an die Aufrichtigkeit dieser Leichtsinnsprüche; sie klangen ihm vielmehr wie ein Scherz, womit Sirene sich selbst zu übertäuben suchte. Er hatte ketzer, hauptsächlich durch Theodoras übermüllende Blandereien, doch manches über Sirenes unglückliche Lage vernommen. Daß sie nun sich selbst zu täuschen, sich darüber zu erheben strebte, gefiel ihm nur noch mehr. Ihre Heiterkeit erlöste ihm in der Glorie schönen Selbstermittels. War er doch selbst jung genug, um gern im lustigen Gebiet der Täuschungen zu leben. Wie gern fühlte er sich geneigt, jedes Wort der schönen Waldnymph anzuheben, die zwischen Licht und Schatten, Busch und Fels da über ihm am Berg schwebte, im bunten Kleide, mit den niedlichen Füßen so behend kletternd, eine reizende Erscheinung, wie aus einem Märchen daher gehandelt.

Ein Gähnel! ein Gähnel! — rief sie plötzlich und sprang hastig zu dem zierlichen Tierlein nach, welches vor ihr hinschlüpfte. Fast hätte sie es erhascht am nächsten Stamm, zu dem es hinaufstieg. Da glitt ihr der Fuß aus, der Abhang war so glatt und feil, sie warnte, stolperte herab und fiel geradezu in Lothars Arme, der sich geschickt schnell in den Weg gestellt hatte, sie zu greifen und aufzufangen.

Wie sie so nun an seiner Brust lag, Aug' im Auge, fast Mund an Mund in der lieblich verschwiegenen, heimlichen Waldensam-

keit — solche Gelegenheit kommt nie wieder — ihr Herz klopfen zu fühlen durch das leichte Gemach — ihren Atem zu trinken aus der hauchenden Lippe — er wäre ja der größte Esel gewesen, das ungenützt zu lassen! — Und hätte der Tod darauf gestanden, wie konnte er denn vermelden, auf diese luftatmenden Rosen die heißesten Küsse zu drücken! — Er tat es — einen Augenblick hielt sie still — und wahrhaftig, es war, als ob sie den Ruf erwiderte. Dann aber erwachte in ihr der Stolz des Hoffräuleins. — Ein Förster! — und solche Unverschämtheit! — Sie stieß ihn zurück, daß er über eine Baumwurzel umtaumelnd hinfiel und zu ihren Füßen lag.

— Impertinent! — rief sie — Das trennt uns auf immer! — Verzeihung, Fräulein! Kann ich dafür, daß Sie so schön sind?

— Aus meinen Augen! — mir aus dem Wege! — Er sprang auf — sie konnte nicht an ihm vorbeigehen. Mit zornigen Blicken trat sie einen Schritt zurück.

— Darf ich bitten, Herr Förster, mir Maß zu machen? — Sie mißhandeln mich! — rief er — und doch gehört mein Leben Ihnen! Vielleicht ergreifen Sie doch noch einmal diese Hand, welche Sie jetzt von sich stoßen!

Ohne ein Wort zu sagen, maß sie ihm vom Kopf bis zu den Füßen. Er wich seitwärts aus, sie ging an ihm vorbei und eilte, den Wald zu verlassen.

Im Gehen erlöste sie sich immer mehr an dem Gedanken, was geschehen war? an der Frage: wie es gekommen war? Er stand und sah ihr nach. Dort flog sie hin — so eilig, so zornig, so schön.

— Der Ruf ist mein! Und wie sie auch zürnt, sie hat mich wieder gefügt! — Ihr Herz ist auch mein! — Als sie um die Ecke bog, verschwand er ins Dickicht.

Sie ging immer hastiger, als wollte sie vor sich selbst entlaufen, ehe sie vor jeder Begegnung und wurde rot, einmal über das andere. Sie glaubte, jeder Mensch müsse ihr ansehen, was dort im Tal vorgegangen war; die Felsen, die Bäume mühten es über den Fluß zum Schloß hinaufzuziehen, der Wiberhall mühte es in den Wald zurückzuziehen.

Bei Tisch träumte sie vor sich hin, fuhr mit der Gabel in den Suppenteller, schenkte Wasser ins Gemüße und gab so verkehrte Antworten, daß die Tante mehr als einmal erstaunt fragte: Aber was niedel was ist Ihnen? So hat sie Sie ja nie gesehen! — Sie schüttete Kopfweh, Sonnenstich und Schwindel vor und schlief bald auf ihr Zimmer, um allein zu sein, obgleich sie es auch mit sich allein kaum aushalten konnte. Ein Aufbruch vor dem Gedanken tobte ihr durch Kopf und Herz, ein Sturm von Verwirrung. Ohne zu wissen, was sie tat, lag sie am Fenster und blickte nach der Winterhaube hinüber. Ohne zu wissen, was sie dachte, flüsterte sie in den Abendwind: Da drüben wohnt er!

Fortsetzung folgt.

Hamburg. Bedingte Begnadigung durch die Richter. Der Senat hat im Juni 1920 eine Verordnung erlassen, durch die den Gerichten das Recht, jugendlichen Verurteilten bedingten Strafausschub zu gewähren und kürzere Freiheitsstrafen in Geldstrafen umzuwandeln, übertragen wurde. Entsprechend dem Vorhaben Preussens wurde die Verordnung jetzt dahin erweitert, daß sich das Bedingungsrecht des Gerichts auf alle bis zu 6 Monaten Verurteilten erstrecken kann. Die Hamburgische Verordnung geht über die Vorschriften Preussens und auch Bayerns insoweit hinaus, als sie den Gerichten auch das Recht gewährt, Freiheitsstrafen in Geldstrafen umzuwandeln. Nach der Verordnung vom 22. Dezember werden die Gerichte ermächtigt, Verurteilten bedingten Strafausschub zu bewilligen, die Berufungsfrist abzukürzen oder zu verlängern und, den Strafausschub zu widerrufen. Dies bezieht sich aber nur auf Fälle, in denen auf Freiheitsstrafe bis zur Dauer von 6 Monaten erkannt ist. Ferner werden die Gerichte ermächtigt, namens des Senats, Verurteilten auf gestattete, eine Freiheitsstrafe von nicht über 6 Wochen in eine Geldstrafe umzuwandeln und nach Ablauf der Berufungsfrist die Strafe ganz zu erlassen. Eine Ausnahme ist aber für Verurteilten wegen Schleichhandels und Wuchers gemacht worden. Bemerkenswert ist ferner, daß das Gericht die Bewilligung des bedingten Strafausschubs oder den endgültigen Erlass der Strafe von besonderen Maßnahmen abhängig macht, z. B. von der Verpflichtung des Schuldners an den Geschädigten, von der Unterbringung des Verurteilten an einer passenden Arbeitsstätte oder seiner Unterstellung unter die Schulaufsicht einer Vertriebsstelle (Beschäftigung für öffentliche Jugendfürsorge, Erziehungsinstitut usw.). Die Bewilligungsfrist darf insgesamt höchstens fünf Jahre betragen. Gegen Ablauf dieser Frist zieht die Strafverfolgungsbehörde Ermittlungen nach der Führung des Verurteilten in der Zwischenzeit in schonender Weise ein.

Neue. Wie die Kommunisten die praktische Arbeit in den Gewerkschaften betreiben, zeigt ein Bericht des hiesigen Volkswirtschaftlers. Dort heißt es: „Anfang Januar finden in jeder Gewerkschaft die Generalversammlungen, verbunden mit Vorstandsahlen statt. Da heißt es für uns Kommunisten auf dem Posten zu sein und den rechtssozialistischen Gewerkschaftszersplitterern und der Gewerkschaftsbureaucratie zu zeigen, daß unser Vorgehen nicht erlaubt. Genossen, und wenn Ihr auch das ganze Jahr in den Versammlungen fehlt, anlässlich der Vorstandswahlen darf es kein Im-Baue-bleiben geben.“ — Hier kommt zum Ausdruck, daß nicht das Verbot für Arbeiterfragen, nicht die Arbeit für die Organisation maßgebend sein soll für die Wahl zum Vorstandsmittglied, sondern nur das revolutionäre Maulheldentum soll maßgebend sein. In die Versammlung brauchen diese Gewerkschaftsmittglieder nur zur Wahl der revolutionären „Bonzen“ zu kommen, die übrige Zeit aber dürfen sie ruhig schlafen.

Stade. Gefährliche Großbauern. Immer schwieriger wird die Versorgung des Volkes mit Brot. Berechnungen nach aus dem Gemüsen und die Pflicht der Landwirte apostrophiert, um Brot zu gewinnen. Viele gehen rücksichtslos über die Not des Volkes hinweg; was kümmert es sie, ob durch ihre Schuld Millionen hungern und Tausende von Kindern an Unterernährung zugrunde gehen, wenn sie nur durch Schiebergeschäfte riesige Gewinne einheimen können. Ein wahres Bild, wie wenig ein Teil dieser Landwirte sich um Gerechtigkeit und um die ganzen Einrichtungen des Staates kümmert, zeigt die Verhandlung gegen den Hofbesitzer August Busse und seine Familie aus Nibbinburg vor der Strafkammer in Stade wegen Unzuchtlichkeit vor dem Hof. Schon die Selbstverpachtung in Brotstreuerei entzogen worden. Anfang Mai ds. Js. ging bei dem dortigen Landwirt wiederum eine Meldung ein, die von der Gemeindeführung eines Schweines, der Verfeinerung von Brotstreuerei und der Veranschaulichung beschuldigte. Am 3. Mai brachen sich zwei Landwirte nach dem Hof des B. um den Totschädel festzusetzen. B., der sie vor dem Hofe in Empfang nahm, bestritt alles, was ihm zur Last gelegt wurde. Als die Beamten einen Schlüssel zur Öffnung einstecken wollten, schrie er laut und beweinete die Mütter, Söhne und Töchter die Tür zu. Nur mit Gewalt gelang es, die Tür zu öffnen. Nun stellten sich alle drei vor die Tür der Kuchentube und mußten dort mit Gewalt entfernt werden. Bei dieser Gelegenheit riß der Sohn dem einen Beamten die Westhose herunter, die Tochter schlug den anderen mit einem schwarzen Gegenstand vor den Kopf, wodurch eine größere Wunde entstand. Die Mutter verlor auch dem einen Beamten einen Fußtritt. Es wurde in der Kuchentube auch das Korn verstreut. Von dem Sohn wurden die Landwirte als Gewalttäter und Verbrecher festgenommen. Es erfolgte nur eine Verurteilung wegen gefährlicher Körperverletzung und Falschmeldung. Frau B. und Tochter erhielten je 500 Mk. Geldstrafe und der Sohn kam mit einer Strafe von 200 Mk. davon. — Solche Strafen sind für diese Leute eine Bagatelle.

Bremen. Regelung der Amtshilfsfrage. Der Bremer Geschäftssenat hat eine Verordnung erlassen, wonach ab 1. Januar sämtliche amtlichen Bekanntmachungen und Anzeigen nicht mehr allein in den „Bremer Nachrichten“, sondern in allen fünf Bremer Tagesblättern erscheinen sollen. — Staatsanwalt und Orgesch. Vor mehr als zwei Monaten erschien im „Bremer Volksblatt“ ein Artikel über eine geheime Zusammenkunft der Orgeschleute. Nun hat einmal der Staatsanwalt den Namen des Verfassers wissen. Da Ge-

nosse laut dem Staatsanwalt diesen Wunsch nicht erfüllte, wurde er wegen Zeugniserweigerung zu 100 Mark Strafe verurteilt. Unser Bremer Bruderblatt bezeichnet mit Recht diese Strafe für unnötig und bemerkt zu dem Vorgehen: Ausgerechnet von dem Artikelverfasser erhoffte der Staatsanwalt die reine Wahrheit, trotzdem die fragliche Zusammenkunft von einer Reihe Teilnehmer besucht war, die vorsichtigerweise in eine Liste eingetragen wurden und dem Staatsanwalt zur Verfügung stehen. Glaubt denn der Staatsanwalt, daß diese Helben ihn alle belügen würden? Wir haben nichts gegen diese Einschätzung der Orgeschleute, müssen aber auf das Bestimmteste annehmen, daß, wenn der Staatsanwalt will, er die Wahrheit über die Verschwörerzusammenkunft wohl erfahren kann von den ihm zur Verfügung stehenden 11 Namen.

Arbeiterbewegung.

Arbeitsprüfung im Gutarbeiterverband. Die Mitglieder des Gutarbeiterverbandes hatten durch eine Urabstimmung, die vom 10. bis 13. Dezember 1920 vorgenommen wurde, darüber zu entscheiden, ob sie sich als Gesamtorganisation dem Bekleidungsarbeiterverband unter bestimmten Richtlinien anschließen wollten. Trotz eifriger Agitation in Versammlungen für eine gute Beteiligung an d. Urabstimmung haben sich nur 50 v. H. der Mitglieder daran beteiligt. Für die Verschmelzung waren 5000 Mitglieder, gegen die Verschmelzung 6550 Mitglieder. Ungültig waren 85 Stimmzettel. 11223 Mitglieder haben sich an der Urabstimmung überhaupt nicht beteiligt, darunter ein großer Teil weiblicher Mitglieder. Bei den Gewerkschaften der Bekleidungsindustrie sind die ungleichen Beiträge und Unterstellungen eine Rolle. Andererseits waren auch Stimmen vorhanden, die die Gründung eines Bekleidungsindustrieverbandes für richtiges hielten. Zu letzterem konnte jedoch noch nicht geschlossen werden, weil einige Organisationen dieser Gründung ablehnend gegenüberstanden. Aber ausgeschlossen ist nicht auszuschließen, nachdem sich 5000 Mitglieder für eine Verschmelzung entschieden haben. Die Entwicklung der Arbeiterorganisationen und die Notwendigkeit eines großen Zusammenschlusses der verschiedenen Industrien wird auch diese Frage zur Reife bringen.

Ein kommunistisches Musterexemplar. Das „Zwickauer Volksblatt“ druckt einen Brief ab, den der Gründer der kommunistischen Arbeiter-Union von dort, Bruno Seifert, aus dem Untersuchungsgefängnis geschrieben hat. Der Brief lautet:

Zwickau (Sachsen), den 26. 10. 20.
Gefangenenaufst.
Sehr geehrter Herr Schlichtmeister!
Sie werden höchlich entschuldigen, daß ich Sie mit einem Briefe belästige.
Ich, Bruno Paul Seifert, der frühere Betriebsrat des Travensbüschtes, ich muß mein Vorgehen damals bedauern, ich habe mich bis dato als Mittel zum Zweck für andere benutzen lassen, bin nun dadurch, daß meine Familie den Schaden hat, zu einer anderen Ueberzeugung gekommen. Bitte Herrn Schlichtmeister und Herrn Generaldirektor Jost nochmals höflich um Entschuldigung. Ich würde mich zum Dank, wenn Herr Generaldirektor mich als Grubenarbeiter in einem seiner Betriebe bescheidenen Schacht einstellen würde, haben die Herren wenigstens Rücksicht zu meiner Familie also frange Frau, fünf Kinder, das älteste 15 Jahr und hilflos. Aus Dank für die Einstellung würde ich mich ganz Ihnen zur Verfügung stellen, von jeder gewerkschaftlichen und politischen Sache würde ich mich fern halten. Ich würde Ihnen zum Dank sogar die Aktundersicht bringen.
Hochachtungsvoll

Ihr ergebener
Bruno Seifert.
Seifert ist jetzt in Untersuchungshaft wegen Teilnahme an einer bewaffneten Expedition nach Falkenstein, die dort eine „Sowjetrepublik“ errichten wollte. Im übrigen zeigt der Brief wieder einmal, daß so mancher Kommunist von heute nichts anderes ist als ein Selber den geltenden, der schon morgen sein altes Handwerk wieder aufnehmen bereit ist.

Streik in der Augsburger Möbelindustrie. Sämtliche Arbeiter der großen Betriebe der Augsburger Möbelindustrie sind in den Streik getreten, weil sie seit April d. J. keine Lohnserhöhung mehr erhalten haben.

Reich und Ausland.

Versteigerung ganzer Kohlenfelder in Polen. Nach einer Meldung der „Pommerschen Zeitung“ aus Breslau ist man bei der Hauptdelegation der polnischen Bergbauern rielhaftesten Schließungen auf die Spur gekommen. So sollten nicht nur die Maschinen der Salinen von Böhmita, sondern auch die Kohlengruben in Kalusz und Delatyn, je sogar die noch unangebaute Krakauer Kohlenfelder, die der galizische Landesauschuss vor dem Kriege für 25 Millionen gekauft hatte, versteigert werden. Es steht eine parlamentarische Untersuchung bevor.

Salvarian-Schieber verhaftet. Im Gebäude der Deutschen Bank in München wurde eine Salvarian-Schiebergesellschaft verhaftet, bestehend aus drei deutsch-russischen und einem magistratsbeamten. Die Schwärzer hatten versucht, 3 L. gefälschtes Salvarian für den Preis von 28000 Mark für das Rgr. zu verkaufen.

Eisenbahnunfall bei Hannover. Auf dem Bahnhof Langenhagen fuhr Dienstag morgen, von Hannover kommend, ein Güterzug infolge falscher Weichenstellung auf mehrere auf dem Gleise stehende Güterwagen auf. Durch den Zusammenstoß wurden etwa 10 Wagen, mit Kohlen, Koks, Zucker usw. beladen, ineinandergehoben und vollständig zertrümmert. Ein Bremser, der abzuspringen versuchte, wurde getötet. Der Zugverkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

Der Mörder in der Kette. Das Schwurgericht in Neapel verurteilte den jungen Vater Gaolino, der seinen Prior im Kloster ermordet hatte, zu 21 Jahren Kerker. Der Mörder wollte die Klosterschatze berauben, weil seine Geliebte, eine Sängerin, von ihm Geld verlangte hatte, und war überrascht worden.

Großes Brandunglück in Spanien. Wie aus Segovia gemeldet wird, sind in der Nacht zum 28. Dezember das Telegraphen- und Fernsprechamt, die Gebäude des Literatur- und Unionklubs sowie ein Theater, die Kirchen von St. Martin, St. Michael und acht Wohnhäuser einer verheerenden Feuersbrunst zum Opfer gefallen. Erst am Vormittag gelang es, des Brandes Herr zu werden.

Die Erdbebenkatastrophe in Argentinien. Nach einer Radiomeldung aus Buenos Aires soll das Erdbeben in Mendoza 6000 Opfer gefordert haben. Der Sachschaden wird auf 50 Millionen Pesos geschätzt.

Spiel, Sport und Körperpflege.

Der Reichspräsident und die Selbstübungen. „Wenn wir uns wieder zu neuer Volkskraft emporarbeiten wollen, dann müssen wir auch körperlich gesund und stark werden. Das gilt insbesondere für unsere arbeitende Jugend, deren unglückliche Lebensbedingungen eine körperliche Gefährdung am meisten erforderlich machen. Ich wünsche daher allen Vereinen und Verbänden für Turnen, Spiel und Sport im kommenden Jahre gute Entwicklung. Möge auch die Arbeit des Reichsausschusses und der Hochschule für Selbstübungen wertvolle Früchte tragen! Ebert, Reichspräsident.“

Handel und Industrie.

Devisen-Kurse.
Hamburg, 28. Dezember
Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	28. Dez.	28. Dez.
Holland	100 fl.	2800
Kopenhagen	100 Kr.	1180
Stockholm	100 Kr.	1442 1/2
Kristiania	100 Kr.	1185
Helsingfors	100 Finn. Mk.	220
Schweiz	100 Frs.	1117 1/2
Wien (alt)	100 K.	—
do. (neu)	100 K.	17 1/2
Budapest	100 K.	18 1/2
Prag	100 K.	88 1/2
Spanien	100 Pesetas	945
London	1 £	257 1/2
Paris	100 Frs.	481
Belgien	100 Frs.	454
Italien	100 Lire	260
Bukarest	100 Lei	—
N. York telegr. Ausz. 1 Doll.		78 1/2
do. briell. Ausz. od. Scheck		78 1/2
		72 1/2
		71 1/2

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer Segler Schiffsname Kapitän Herkunftsort Fahrzeit Tage Std.

	Angelommen am 28. Dezember.	Abgegangen am 29. Dezember.
D.	Baul	Wacken
D.	Finland	Mattson
D.	Milfan	Carlsson
D.	Bürgermeister	Schönburg
D.	Höben	Rasmussen
		Ogelslund 8
		Ubo 8
		Malmo 15
		Ropenhagen 1
		1

Peter Union
DER REIFEN, den jeder Radler braucht, den er schon lange sucht, aber bis lang noch nicht gefunden hat.
Fahrrad-Reifen „Eckstromer“
Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik Louis Peter & S.
Frankfurt a. Main
Filiale Hamburg, Ferdinandstr. 38/44. Tel. 2436. (11708)

Bekanntmachung.
Die Abfahr von Bleich, Scherben u. Kesselschaden findet am Donnerstag, dem 30. Dezember 1920 in der Zeit von 7 bis 9 Uhr vor-mittags statt. (11749)
Lübeck, d. 28. Dezbr. 1920.

Bekanntmachung.
Der Senat hat im Juni 1920 eine Verordnung erlassen, wonach ab 1. Januar sämtliche amtlichen Bekanntmachungen und Anzeigen nicht mehr allein in den „Bremer Nachrichten“, sondern in allen fünf Bremer Tagesblättern erscheinen sollen. — Staatsanwalt und Orgesch. Vor mehr als zwei Monaten erschien im „Bremer Volksblatt“ ein Artikel über eine geheime Zusammenkunft der Orgeschleute. Nun hat einmal der Staatsanwalt den Namen des Verfassers wissen. Da Ge-

Vermietung von Läden.
In dem nach der Straße zu gelegenen Gebäude der Salzweiger sollen Läden eingerichtet werden. Nähere Auskunft im Bureau der Finanzbehörde — Fleischhauerstraße 18, Zimmer 6. Lübeck, 21. Dezember 1920.

Die Finanzbehörde
Kübelweg für Güter und Hölzer. (11762)
Das Amt des Gemeinde-pfleger für die Gemeinde Bleichhagen wird zum 1. Februar 1921 mit dem hiesigen zur Verwaltung ernannt.
Die Vergütung wird bei der Wahl durch den Gemeindevorstand festgesetzt.
Bemerkungen sind bis zum 10. Januar 1921 an den Unterpfleger ein-zubringen. (1177)
Lübeck, 28. Dez. 1920.
Der Gemeindepfleger.
Vgl.

Anni Schade
Hans Rahlf
Lübeck, 28. Dez. 1920.

Lohnjunge gesucht
(11745) Wiedergasse 68, r.
2-3. Wohn. (Burgstr.) geg. 2-3. Wohnung zu vermieten. Ang. u. HB 94 an die Exp. d. Bl. (11776)

Sanarienvogel zu verk.
(11744) Dornstr. 19 III, r.
2 P. g. Dagalisch. Gr. 39 u. 49, bill. z. verk. (11753) Hüter 72

Rühmliche u. Schöne
Hüter, 2. bill. z. verk. (11749) Hüter 22, r.
Hüterhüben zu verk. 3. r. 13 III. (11770) Hüter 10, r. III

St. u. L. Rühmliche
Rühmliche, Hüterhüben, Hüter u. Hüter zu verk. (11753) Hüterhüben 10, r.

3 Satz Fertel
bill. zu ver- (11768)
Kaufen. Klüwer, Schwarzwasser Allee 133.
39. Zerrierhündin in der Nacht v. 25. z. 26. Märztstr. entl. Abz. Roonstr. 2.

Rum-Versehen 40% Fl. M. 40
Lam. Rum „40%“ „45
Lam. Rum-Versehen „46
Lam. u. Weinbrand-Versehen (11776) Fl. M. 40, 42, 45.

Wine und Liköre
za billig. Exportpreise.
Grundmann, Großhandl.
Lübeck, Schusschenden 32.
AB: Verkauf nur in den
Apotheken

Visitenkarten
Lübeck, 28. Dez. 1920.

Wandkalender
des Lübecker Volksboten
in künstlerischer Ausführung
40 Pfg.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Leder
Lederausschnitt
Ersatzsohlen in haltbaren
Fabrikaten
Alle Schuhmacherartikel
C. Grimm Nachf.,
Lederhandlung u. Schäfte-
fabrik. 11740

Der Schrei
nach dem Recht
„Die Tragödie von
Mecklerstadt“
Preis Mk. 2.50.
F. Meyer & Co.,
Buchhandlung

Salomba
mit 11759
Salmiak-Terpentin.
Täglich frisch gefrisste
Mayonnaise
pro Pfd. Mk. 20.— ohne
Verpackung. (11757)

Mayonnaise-Salat
pro Pfd. Mk. 7.—
Feinste Krabben, naturell,
in Dosen Mk. 7.—
Feinste Filderinge mit
Remouladen-Sauce.
Feinste Mollmops mit Re-
mouladen-Sauce.
Frisch geräucherter See-
lachs in Stücken, p. & Mk. 6.—
Feinsten geräucherter Lachs
in Scheiben pro & Mk. 25.—
u. sämtliche Fischkonferben.
Paul Lohmann, Quedstr. 95

Pferdekraftfutter
Mais, Erbsen
Bohnen — Peluschken
auch geädert od. gequetscht
sowie 11748
Melassefutter
in la. Qualität empfohlen
Capell & Petersen Nachf.,
Unterstrasse 102.